

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Wln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M., Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgeb. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 7.

Berlin, 14. Februar 1930.

11. Jahrg.

Verdrängten-Kongreß in Berlin

am 8. und 9. März 1930.

Die Arbeitsgemeinschaft der Geschädigtenverbände hat beschlossen, am 8. und 9. März in Berlin eine gemeinschaftliche Vertreterversammlung und Kundgebung aller in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Geschädigtenverbände abzuhalten, um sowohl zu den zurzeit schwebenden wie demnächst neu zur Erörterung kommenden wichtigen Entschädigungsfragen einheitlich und geschlossen Stellung zu nehmen und die Interessen der Geschädigten mit allem Nachdruck wahrzunehmen. Näheres wird noch bekanntgegeben. Wir bitten schon heute um zahlreichen Besuch nicht nur aus Berlin, sondern auch aus dem Reich.

Bundesversammlung des Deutschen Ostbundes in Berlin

am 8. März 1930.

Wie wir den Landesverbänden und Ortsgruppen bereits mitgeteilt haben, ist die diesjährige Jahreshauptversammlung des Deutschen Ostbundes, die für den 5. April in Aussicht genommen war, auf den 8. März vorverlegt worden, um sie mit dem oben angekündigten Verdrängtenkongreß verbinden zu können und es so den Vertretern aus dem Reich zu ersparen, die Reise nach Berlin binnen vier Wochen zweimal machen zu müssen. Der Verdrängtenkongreß ließ sich aus parlamentarischen und sonstigen Rücksichten auf einen späteren Termin nicht verschieben.

Der Tagungsplan

für die diesmalige Bundesversammlung und die damit im Zusammenhang stehenden Veranstaltungen ist folgender:

I. Hauptvorstandsitzung

Sonntag den 8. März 1930, vormittags 9 Uhr, im kleinen Sitzungssaal der Brandenburgerischen Girozentrale in Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 131/32.

Tagungsordnung:

1. Wahl von Mitgliedern des Hauptvorstandes.
2. Sonstige Vorlagen für die Bundesversammlung.
3. Nächste Bundesstagung.
4. Organisationsfragen.
5. Verschiedenes.

II. Ordentliche Hauptversammlung

Sonntag den 8. März 1930, vormittags 10 Uhr, im Hauptstuhlsaal der Brandenburgerischen Girozentrale in Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 131/32.

Tagungsordnung:

1. Vortrag: „Die überragende Bedeutung der Ostfragen.“
2. Vortrag: Entschädigungsfragen; Wahl von Vertretern für die gemeinschaftliche Tagung der Geschädigtenverbände.
3. Geschäftsbericht für 1929.
4. Rechnungslegung für 1929.
5. Haushaltsvoranschlag für 1930.
6. Wahl des Hauptvorstandes und der Rechnungsprüfer.
7. Wahl von Auswärtigen.

8. Die nächsten Bundestagungen.
9. Organisationsfragen, Kulturarbeit, Jugendarbeit, Frauenarbeit.
10. Anträge aus der Versammlung.

Abänderungen und Ergänzungen der Tagesordnungen bleiben vorbehalten.

Nach § 12 der Bundesstatuten hat jeder Landesverband das Recht, mindestens einen Vertreter in die Bundesversammlung zu entsenden. Bei mehr als 1000 Mitgliedern erhält er für jedes angefangene Tausend einen weiteren Vertreter bis zur Höchstzahl von zehn Vertretern. Die Vertreter der Landesverbände sind in Landesverbandssammlungen durch Abgabe der einzelnen Ortsgruppen zu wählen. Gemäß § 15 muß jeder Landesverband im Bundesortland durch mindestens ein Mitglied vertreten sein. Bei mehr als 3000 Mitgliedern sind für jedes weitere angefangene Tausend noch je ein Vertreter bis zur Gesamtzahl von fünf Vertretern zu wählen.

Anträge müssen 10 Tage vor der Bundesversammlung eingereicht sein.

III. Eine weitere Sitzung des Hauptvorstandes

findet gemäß § 17 der Bundesstatuten im unmittelbaren Anschluß an die Vertreterversammlung am 8. März nachmittags statt.

Tagungsordnung:

1. Wahl der Bundespräsidialmitglieder, die nicht dem (auf zwei Jahre gewählten) Direktorium angehören.
2. Ausführung von Beschlüssen der Bundesversammlung.
3. Verschiedenes.

IV. Verdrängtenkongreß.

Voraussetzlich findet Sonntagabend nachmittags eine geschlossene Versammlung von Vertretern aller Geschädigtenverbände der Arbeitsgemeinschaft und am Sonntagabend oder am Sonntag mittag eine gemeinschaftliche große Kundgebung statt, wüober Näheres noch mitgeteilt wird.

Das Bundespräsidium:

Ginschel, Dr. Lüdke, Schmid.

Bis zum 20. Februar müssen Neubestellungen auf unser „Ostland“ für den Monat März aufgegeben werden. Bei später erfolgten Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugspreis für März beträgt 50 Pf. (ohne Zustellungsgebühr).

Der Kampf um das Polenabkommen.

Am Reichstage hat am 11. Februar die erste Lesung des Neuen Plans und des damit im Zusammenhang stehenden deutsch-polnischen Finanzabkommens begonnen. Das Polenabkommen spielte in der Aussprache eine wichtige Rolle. Wie der Redakteur in einem Einzelartikel dieses Abkommens als den Anfang einer Verständigung mit Polen bezeichnet hatte, so erblickten aufsehend auch andere Vertreter linksgerichteter Parteien in dem Abkommen den Anfang zu einem Ostlocom. Vielesicht mehr noch durch die Betonung einer solchen grundsätzlichen Bedeutung wie durch den tatsächlichen Inhalt des Abkommens ist der Widerstand vieler Kreise des Publikums gegen das Abkommen herangezogen und verstärkt worden. Der Reichsausschussminister Dr. Crippeau betonte deshalb in seiner Rede bei der Einbringung des Abkommens ganz scharf, daß es ein Ostlocom nicht zu denken sei, nichts im Vertrage auf ein solches hinwiese oder gar dazu verpflichte.

Mehr oder minder starke Bedenken gegen einzelne Punkte des Polenabkommens brachten fast alle Redner zur Geltung. Von den Vertretern der Regierungsparteien sprach sich jedoch keiner für Ablehnung aus, so daß unsere Arbeit in der letzten Kammer geäußerte Annahme, daß das Abkommen von der Mehrheit angenommen werden wird, zutreffen dürfte.

Rechtsgutachten über die Entschädigungsfrage.

Die Reichsregierung hat sich auf dem Standpunkt gestellt, daß das deutsch-polnische Finanzabkommen verfassungsändernden Charakter nicht habe. Demgegenüber liegen drei Rechtsgutachten von ersten Autoritäten vor, nämlich von dem früheren Reichsgerichtspräsidenten Dr. Walter Simons, der ordentlichen Honorarprofessor für Rechtsphilosophie an der Universität Leipzig ist, ferner von dem Geh. Justizrat Dr. Crippeau und von Dr. Erich Kaufmann, der, wie Gehmrat Crippeau, Professor der Rechte an der Universität Berlin ist, in denen mit größter Bestimmtheit unter eingehender Begründung die Ansicht vertreten wird, daß das Abkommen der Verfassung widerspricht. Sehr früh diese Ansicht durch, so kann nicht der Reichstag das Abkommen einfach zur Kenntnis nehmen und die rechtlichen Vorfragen stellen, sondern dann muß durch ein besonderes Reichsgesetz mit zwei Drittel Mehrheit die Annahme des Abkommens erfolgen. Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons sagt die mit großem juristischen Scharfsinn gemachten Vorlegungen seines Gutachtens wie folgt zusammen:

1. Das Abkommen entspricht in seiner Form nicht der völkerrechtlichen Natur. Dieser Fehler kann aber durch staatsrechtlich gültige Genehmigung geheilt werden.

2. Das Abkommen unterliegt dem völkerrechtlichen Standpunkt keinen durchgesetzlichen Bedenken.

3. Das Abkommen enthält neben dem Verzicht auf Rechtsbehauptungsansprüche Privater auch den materiellen Verzicht auf die zu löbenden Rechte selbst.

4. Der Verzicht ist eine bedauerliche, weil freiwillige Anpassung an die realisatorischen Liquidationsbestimmungen des Verfalltes Vertrages.

5. Der materielle Verzicht stellt eine Form der Enteignung dar. Aus diesem und aus anderen Gründen bedarf das Abkommen der Genehmigung durch den Reichstag.

6. Diese Genehmigung kann nur verfassungsändernder Mehrheit der geltendehenden Körperschaften des Reichs erteilt werden, weil die im Abkommen enthaltene Enteignung die Verfassung (Art. 153 Abs. 2 Satz 1) verletzt.

7. Kommt die Genehmigung zustande, so ist das Reich entschädigungspflichtig.

8. Bei der Gewährung der Entschädigung ist nicht nur der enteignete Liquidationsanspruch, sondern auch der durch die Enteignung selbst herbeigeführte Schaden zu berücksichtigen.

Professor Dr. Crippeau formuliert die Ergebnisse seines Gutachtens wie folgt:

1. Durch das deutsch-polnische Liquidationsabkommen allein können die den deutschen Privatpersonen gegen den polnischen Staat bestehenden Forderungenrechte ihnen nicht entzogen werden.

2. Das Abkommen bedarf, um gültig zu werden, der Zustimmung des Reichstages. Diese Zustimmung muß sich auf das ganze Abkommen einschließlich des Roten zweifels erstrecken.

3. Das Abkommen bedeutet eine Enteignung, die nur in der Form einer Verfassungsänderung vorgenommen werden kann.

4. Die Enteignung fällt nicht unter das Reichsgesetz vom 31. August 1919.

5. Das Abkommen bedeutet einen Verstoß gegen Art. 105 der Reichsverfassung, ist daher auch deshalb nur durch eine Verfassungsänderung zustande zu bringen.

Professor Dr. Kaufmann bemerkt am Schluß seines Gutachtens:

„Wie der ‚Verzicht‘ auf die privaten Ansprüche nur möglich ist bei Übernahme der polnischen Schuld durch das Reich, so ist die Ablehnung des gemischten Schiedsgerichts nur möglich bei Übernahme seiner Aufgaben durch ein deutsches allgemeines oder Sondergericht.“

Soll bei der Durchführung des Vorläufigen Abkommens von diesen Grundrissen abgewichen werden, so bedarf es hierfür der verfassungsändernden Mehrheiten in Reichstag und Reichsrat.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk haben unter dem Verfall des gelangten objektiven Auslasses gegen das Liquidationsregime des Verfalltes Vertrages protestiert. Dieser Protest galt in erster Linie dem normalen Liquidationsregime, das infolge der dem reparationsüberlasteten Deutschland auferlegten Entschädigungspflicht in Ergebnis konfiskatorisch wirken mußte. Der Protest galt aber auch dem polnischen Liquidationsregime, das infolge des Privatanspruchs polnischer Rationalismus offeriert. Das hier wenigstens eine angemessene Entschädigung und ein Gericht für das Urteil über dessen Höhe vorgezeichnet war, wurde mit Recht als einer der wenigen Erfolge angesehen, der unserer Friedensdelegation beschieden war. Wenn wir diesen Erfolg nicht jenseits bestehen wollen und vor allem, wenn wir das moralische Recht behalten wollen, das Regime zu bekämpfen, ja, wenn wir unseren liebsten Protesten nicht die moralische Grundlage nachträglich entziehen wollen, dann darf eine Lösung der polnischen Liquidationsfrage nicht in einer Weise erfolgen, die die von uns selbst proklamierten Grundgesetze verletzt. Insofern stehen in den hier erörterten Fragen Probleme von politischer und moralischer Kraft und Bedeutung, die weit über den speziellen Anlaß dieser Erörterung hinausragen.

Diese Aufgaben sind der Reichsregierung, dem Reichstag und dem einzelnen Fraktionsführern zugewiesen worden. Ihre

ganz außerordentliche Bedeutung für die Entschädigungsfrage liegt auf der Hand. Die Ergebnisse der Gutachten deken sich mit dem Standpunkt, den wir von vornherein als eine ganz unermessliche Folge des Abkommens angesehen und in Interesse der Geschädigten mit Nachdruck vertreten haben. Das ist auch geblieben in einer Denkschrift, die der Deutsche O-Hand an Regierung und Reichstag gerichtet und deren Wert für uns als Anlage zum letzten Randschreiben des Landesverwandten und Ortsgruppenmitglied war.

Von interessierter Seite sind dem Reichstag ferner zwei Eingaben zugesendet worden, in denen der Anspruch auf volle Entschädigung geltend gemacht wird. In dem einen wird ausgeführt, daß eine Enteignung auf Grund des Artikels 153 Abs. 2 der Reichsverfassung unmöglich ist, weil niemals Erfahrungsprobe für eine Enteignung notwendig ist, sondern nur die Annahme, daß ferner nicht die Voraussetzung dieses Artikels gegeben ist, weil mehrer eine Enteignung nur dann zulässig ist, wenn sie „nur zum Wohle der Allgemeinheit“ dient. Im Anschluß daran wird bemerkt:

Ferner wird angeführt, daß das Abkommen gegen Artikel 105 der Reichsverfassung verstößt, „weil den Geschädigten das gesetzlicher Richter anzusehende deutsch-polnische gemischte Schiedsgericht genommen wird.“ Weiter wird ein Verstoß gegen Artikel 112 der Reichsverfassung festgestellt. Es heißt in der Eingabe: „Die Geschädigten haben ein subjektives klagbares Recht auf Entschädigung durch Polen und auf Rechtschutz durch das gemischte Schiedsgericht.“

Die Eingabe stellt fest, daß nur dann, wenn das Deutsche Reich in vollem Umfang alle Ansprüche übernimmt, welche die Geschädigten gegen die Polen haben, die Sache im Reichstage ohne Rücksicht auf die die Verfassung ändernden Bestimmungen glatt gehen könne. Weiter wird dazu bemerkt:

„Der vom Reichsausschussminister dem Reichstag vorgelegte Sektorenplan ist mitteilungslos mitteilungslos, weil ein gemeinsamer Entschädigungs geschlohen wird und eine vom Ministerium ausgearbeitete Bitte darüber ergibt, daß beabsichtigt ist, die Ansprüche mündlichlich herabzumindern, und weil nicht uneingeschränkt ein geschlechtes Gericht an Stelle des gemischten Schiedsgerichts gegeben wird.“

Die Frage: „Welche Rechtsfolge tritt ein, wenn in dem Entschädigungsgesetz nicht das Deutsche Reich voll an die Stelle von Polen tritt?“ beantwortet die Eingabe wie folgt:

1. Das Gesetz bedarf der Zweidrittel-Mehrheit im Reichstag und Reichsrat. Erlangt es diese Mehrheit nicht, so haben die Geschädigten die Möglichkeit, im ordentlichen Rechtsmittelverfahren durch das Reichsgericht die Ungültigkeit des Gesetzes feststellen zu lassen. Es entspricht der bisherigen Praxis des Reichsgerichts, daß hier eine Verfassungsänderung vorliegt. Es ist also anzunehmen, daß die Ungültigkeit nicht festzustellen wird. Allein bei der Annahme, daß von sehr vielen Seiten aus dem Preussien angezogen werden, bedeutet eine ungebaute Rechtsunsicherheit, die auch in politischer Hinsicht das Ansehen des Reichsgerichtes für ungültig, so werden die Polen sich mit Recht als bürgerlich betrachten. Diese Rechtsfolgen greifen dann auch auf den Hauptplan über, weil die Polen alsdann ebenfalls Sektorenplan ziehen werden.

2. Die Enteignung und, in dem Regierungsentwurf liegt eine starke Kreditgefährdung. In mehreren Aufsichtsräten geschädigter Firmen sitzen chefs ausländischer Banken. Auf

jahrhundertlichen Kriegen, die Ostpreußen führte, sind die Polen gleich dem Dantschbergern, den Brandenburgern und Westpreußen, ebenso oft die Durchgehensenen wie die Gegner Pommerellen gewesen. Ostpreußen hat am Ausgang dieser ersten dreihundertjährigen Epoche eines polnischen Vordringens nach Norden seine Selbständigkeit nicht etwa an Silber, sondern an den Deutschen Orden verloren, der sich im Jahre 1520 das Land der brandenburgischen Markgrafen gegen 10 000 Mark lösen abtreten ließ.

Dann hat das Land $1\frac{1}{2}$ Jahrhunderte lang dem Deutschen Orden angehört und in dieser ersten Blütezeit seines wirtschaftlichen und geistigen Lebens den ausgeprägten deutschen Charakter genommen, dem es trotz allem noch heute besitzt. Durch den 2. Thurner Frieden (1466) wurde Westpreußen dem Orden genommen; es trat für drei Jahrhunderte in engere Verbindung mit Polen. Aber das Land hat sich auch nach der Niederlage des Deutschherrenordens noch ein Jahrhundert lang ein hohes Maß an Selbständigkeit gegenüber dem polnischen Reich gewahrt. Dantzig hat seine Unabhängigkeit niemals völlig an Polen verloren; es ist jeder nationalen und konfessioneller Überwindung getrotzt und ist als reiches Handelsplatz und als Befestiger der polnischen Küste seine geübteste Stellung im wirtschaftlichen und politischen Leben erhalten. Die preussischen Lände des damaligen Wohlstandes Dommerehlen, Kulm, Marienburg und Ermland haben nach ihrer Loslösung vom Ordensland ihren eigenen Landtag gehabt, der über alle wichtigen Angelegenheiten selbständig beschloß. Die Vorherrschaft des polnischen Reichstages sind für das Land nicht bindend gewesen. Alle Ämter und Würden waren ausschließlich an Landesbewohner ergäbe, keinem fremdgeborenen Körperlichen ihre Vererbung zu vermahnen und die Polonisierung des öffentlichen und kulturellen Lebens einzuweisen. Als Polen aber auf diese Weise endlich der rechtliche Herr im Lande (nicht in Dantzig) geworden war, setzte auch schon die Zeit einer inneren Auflösung ein. Der Krieg mit Schweden, der unter Unterbrechung von 1599 bis 1663 währte, vermehrte wiederholt das zum Kriegsausgleich gewordene pommerellische Land, zerstörte den Wohlstand seiner Bewohner, brachte die Polen mitten in der Mitte zurück und warf den zerrütteten Staat von der Höhe seiner früheren Macht. Nach dem nordischen Kriege (1700 bis 1721) war es mit einer polnischen Mission an der Ostsee endigend vorbei. Der ganze Staat war zum Gummelplatz fremder Heere geworden. Polen, das jahrelange Kriege gegen die Türken und Tataren, die ukrainischen Kosaken und die moskowitischen Zaren geführt hatte, um sein Landmacht nach Osten, ins Baltikum, gegen Moskau und zum Schwarzen Meere, zu erweitern,

war weder fähig noch willens gewesen, seine Stellung an der Ostsee zu nützen. Auch in der zweiten Epoche seines Vordringens zur Ostsee war Polen also nicht der wirkliche Herr, „seiner“ Küste geworden. Durch die zweite Teilung 1772 kam das Land an Preussisch-rußland; als Bestandteil des preussischen Staates hat es seine zweite Blüteperiode erlebt, „Trotz des Strebens von jeder Seite nach der Loslösung von Rußland, das es nie in Schern, durch die für die Dauer von einigen Jahrhunderten Dommerehlen mit Dantzig, das Kulmer und Marienburg Land mit Elbing und das Ermland an Polen fiel, vermochte Polen keine Seemacht zu schaffen.“ „Das Meer lieben wir nicht, wie wir es niemals geliebt haben“, schreibt Stanislaus Stokomski in seiner „Das Baltische Baltikum und seine Aufgaben“ betitelten Schrift; „aber haben sich abarbeiten und Schrauben niemals beimagen; mit haben die Pulshäute seines Lebens nicht erfüllt.“ An die blühendsten Wegen der Ostsee erinnern wir uns nur im Sommer, wenn es sich um eine angenehme Erholung handelt. ... Die Arbeit am und auf dem Meere ist uns immer noch fremd.“ So ist es in der Tat.

Gerade die von Polen selbst zugabene Ursache, daß ihr Staat schon einmal zur Ostsee vorgedrungen war seine vorrige Stellung aber nicht behauptet und ausgebaut, sondern seine Hauptaufgabe immer wieder in anderer Richtung gesucht hat, kann ein Beweis für die Hingängigkeit ihres geschichtlichen Anspruchs sein. Polen kehrt nicht zum Meer zurück, denn es ist niemals Seemacht und niemals der eigentliche Herr des stilligen Küstenausschnittes gewesen. Der Vorstoß Polens nach Rotterdam ist kein Erfolg, kein Erfolg in allen Weltteilen, sondern ein dritter Versuch die internationalen Seehandelswege Dommerehlen mit politischer Gewalt zu durchbrechen. Nach den Mitteln zu urteilen, mit denen es heute seine neuermountete Stellung auszubauen bemüht ist, hat es aus der Vergangenheit manches gelernt. „Für die Seeler unserer Vorfahren“, sagt Kozłowski, „haben wir eine empfindliche Strafe bezahlt.“ Heute ist in unseren Belohnungen nur ein kleiner Streifen des Gelbes geliebte; aber die Qualität dieser Meeresgenüsse hängt nur von uns ab, von dem Aufwand an Arbeit und Ausdauer sowie von dem Wissen, das wir an die Ostsee mitbringen.“ Dieser „Seher“ hat nach Kozłowski darin bestanden, daß Polen sich früher der Hauptkraft Dantzig als des Haupthandelsplatzes bedient hat. „Das hat es ihm, weil es Dantzig weder wirtschaftlich noch national überwinden konnte, unmöglich gemacht, fest und dauernd Fuß an der Küste zu fassen.“ Deshalb haben die Polen nun heute ihrer eigenen Hafenpolitik Sünden aus und richten sie durch ihre Wirtschafts- und Handelspolitik das sonst auch heute noch unbewindliche Dantzig zugrunde. Die Seile jedes polnischen Vorstoßes zur Ostsee war Krieg. Das Ende jedes polnischen Vorstoßes zur Ostsee war Krieg, was anfänglichem Aufstieg des Landes der allgemeine Vorfall. Unsere Aufgabe ist es, rechtzeitig eine Wiederholung dieses Catastrophenfalls zu verhindern. Dr. R.

Der Osten und der Westen.

Ein weiddeutsches Zentrumsblatt über das Ostprogramm.

Die „Eriehische Landeszeitung“ (Nr. 29 vom 5. 2.) verlangt eine gerechte Grenzlandspolitik. Sie verlobt darunter, daß Ost- und West zu berücksichtigen werden. An dem von ihrer Berliner Schriftleitung herübergehenden Artikel „Ostprogramm und Westprogramm“ läßt sie dem Osten durchaus Gehörigkeits widerfahren, was wir gern anerkennen. Sie spricht davon, daß die 6 östlichen Provinzen in den letzten Monaten eine in ihrer Intensität vorbildliche Propaganda für eine Hilfsaktion für den deutschen Osten entfaltet haben.“ Sie weiß auf die folgende große Grenzbedrohungsgefahr deutscher Zeitungsvertreter in die Oblique hin, erwähnt dann die kurze, aber um so wirktrier wirkende Denkschrift der Landeshauptleute“ die Art ihrer Vernehmung an die polnischen Intendanten und den „Preßensumpf der Landeshauptleute, zu dem sie bemerkt: „Es war eine sehr eindrucksvolle Kundgebung, und die Berliner Presse tut recht, wenn sie das Material, das in der Denkschrift und in den am Montag gehaltenen Reden geboten wurde, eingehend würdigt; denn dieses Material ist teilweise wirklich erschütternd.“ Der Widerstand der östlichen Grenzgebiete durch den Berliner Vertrag war nicht ohne die so ansehende gefordert. „Wohl in der Umgebung der Landeswirtschaft der wichtigste Wirtschaftsfaktor ist, wirkt sich die allgemeine Krise der deutschen Landwirtschaft besonders schlimm aus. Stillgelegte Industrien, fehlende Verkehrswege, wachsende Arbeitslosigkeit, mangelnde Kultureinrichtungen, eine dauernde Abwanderung, Zusammenbruch der Wirtschaft, das ist das trübselige Bild des deutschen Ostens. Hilfe tut not! Sie wird um so wirksamer sein, je schneller sie eintrifft.“

Das Blatt geht dann herover, daß demgegenüber die vorjährige Denkschrift des Reichsministers für die besetzten Gebiete über die Notlage im Westen in der Öffentlichkeit nicht entfernt den Eindruck gemacht hat, wie sie die Ost-Denkschrift. Das habe vielmehr ein der eindrucksvolle Art der Bekanntheit gelegen. Das Blatt föhrt daher vor, das damals Verühten gutzumachen, wenn der letzte Herbst Solbat das Rheinland unter einer webersen politischen Aktion ist zu einem geringen Teil davon abhängig, wie der Osten in die öffentlichen Meinung Wurpen geföhrt hat.“ Das Blatt macht dann auf der Frage, wie der Durchschnittsdeutsche sich zu den Ost- und Westfragen einstellt,

die folgenden bemerkenswerten Ausführungen: „Wer für den Westen als Landtagsbediensteter sorgen will, hat weiterhin mit der bestehenden differenziellen Betrachtungsweise zu rechnen, mit der der Durchschnittsdeutsche an den Bergeln stähler und weißer Guldane und Probleme herangehört. Der Osten bedeutet für ihn schon im Unterbewußtsein ein von der Natur wirtschaftlich benachteiligtes Land. Der Westen, das ist der starke, der vielbesungen Rhein mit seinem breiten Menschenlag, den man sich nicht in Kot befändlich vorstellen kann, sind die blühenden Industrien am Niederrhein, die jahrhundert gewerbefleißigen Großhöfe mit ihrer unerschöpflichen wirtschaftlichen Kraftquellen.“ Es fällt schwer, in diesem dem Durchschnittsdeutschen durch Sentimentalität vertortete Bild die Not einzuräumen, die in dem Grenzgebiet des Rheinlandes und der Pfalz herrscht. Außerhalb des Rheinlandes weiß man von dieser Not fast immer noch nichts. Ewiglich dafür ist, daß uns von einem sonst furchtbar objektiv denkenden Journalisten nach einem Hinweise auf die Not des Rheinlandes die neuen Sport- und Hofenfanalen der Stadt Rott entgegengeschoben wurden. Ewiglich dafür ist auch, daß der Hauptredner der Ostkonferenz vom Montagabend, der Dr. Zimm, am Montag, dem 20. November, im Reichstag am 22. November das ungerichte Wort sprach, das Westprogramm sei ein Leben im Geföhrt des deutschen Ostens... davon ausging, daß mit dem Abzug der Besatzung die Not im Westen wüßte und daß er dem die vorbeirende Not des Ostens gegenüberstellen zu dürfen glaubte.“ (Schluß folgt.)

Werbfsür den Ostbund und seine Ziele

durch Verteilung der Zeitschabe zur Fernhohrfrage des Deutschen Ostbundes, von der ein Rundruck hergesellt worden ist und die wir zum Preise von 25 Pf. das Stück zu bestellen bitten. Die Ortsgruppen haben erfreulicherweise diese Zeitschabe in ungemächlicher großer Zahl bestellt, nichtsch auch Rundschreibungen gemacht. Wir bitten, uns weitere Bestellungen schnelligst zukommen zu lassen, da auch die Neuauflage bald vergriffen sein wird.

Ostdeutschlands Not.

Die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses

Der Ausschuss für Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquete-Ausschuss) veröffentlicht heute seine Untersuchungsberichte über „Die Auswirkungen der Gebietsabtretungen auf die Wirtschaft des deutschen Ostens und Nordens“ im Verlag E. S. Mittler u. Sohn, Berlin.

Die Verluste an Land, Bevölkerung, an landwirtschaftlicher und gewerblicher Produktionskraft, an Kapitalwerten und Arbeitsgebiets haben zu den tiefgreifendsten Veränderungen, die in der Struktur der deutschen Volkswirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten sind. Allein im Osten hat Deutschland durch die Gebietsabtretungen auf ein Drittel seiner landwirtschaftlichen und ein Viertel seiner gewerblichen Produktionskraft verloren. Anfolge dieser schweren Verluste an Lebensraum haben daher die Erörterungen besonders über die Ostfragen immer wieder in Vordergrund des öffentlichen Interesses gestanden. Den Untersuchungen des Enquete-Ausschusses hierüber behandeln wir die Ursachen und Wirkungen der diesbezüglichen Friedensbedingungen.

Sind im Osten nach volkswirtschaftlich umfassenderen die Verluste an landwirtschaftlichen über- und industriellen Arbeitskräften, so wie an Gebieten mit hohen Bevölkerungsdichten. So beträgt der Binnenwanderungsüberschuß der Jahre 1840 bis 1910 3,9 B. für Westpreußen 603 100, für Polen 877 900 Personen. Die Produktionsüberschüsse der Landwirtschaft und des Gewerbes im Osten können heute nicht nur einer Fremden (der polnischen Volkswirtschaft) zugute und verfallen dem Wirtschaftsbereich der Ostpolen, sondern haben andererseits sowohl bei den industriellen als auch bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen die Passivseite der deutschen Handelsbilanz verschlechtert. Die Verluste, die der deutsche Osten durch die Gebietsabtretungen erlitten hat, werden jedoch durch Fläche, Bevölkerung und Produktionskraft der abgetretenen Gebiete nicht voll gekennzeichnet. Es macht sich weiterhin die Art der Grenzveränderung geltend. Die wirtschaftlichen Wirkungen der politischen Grenzveränderung sind dadurch vergrößert worden, daß ein einheitliches Wirtschaftsgebiet getrennt worden ist, die Verkehrswege durchschnitten und die wechselseitigen Austauschbeziehungen zerstört worden sind.

Sie wurden vergrößert durch die Dichtigkeit der Abtretungen und durch das Beharren der wirtschaftlichen Unterschiede in den Restgebieten. Die Art der Grenzveränderung im schließlichen Ostens im Osten nichts anderes als eine Bänkung betont wirtschaftswidriger Zerschneidung enger

für die Lage der deutschen Wirtschaft.

Zusammengehörigkeit, Kohlenflöße, Schachtlänge und Aufbereitungsanlage sind nacheinander als einmal getrennt. Städte wurden von den dazu gehörigen Dörfern, Siedlungen von Feldmark getrennt, Schichten der Bevölkerung des deutschen Wirtschaftskörpers ist jedoch der Korridor, der den deutschen Osten verfehlt. Zu der Art der Grenzveränderung kommt im Osten erschwerend hinzu die unerbittlich lange Grenze. Die neue Grenzveränderung hat die Länge der Landesgrenze im Osten um nicht weniger als 553,7 Kilometer vermehrt.

Die Zerschneidung des Ostgebietes mußte um so schädlicher wirken, als diese Gebiete, wie an Hand der Güterverkehrs- und Binnenverkehrsstatistik nachgewiesen werden, ursprünglich ein wirtschaftlich eng verflochten waren. Die Verkehrsbezüge Westpreußen, Polen, Ostpreußen fanden in erster Linie untereinander und mit Schlesien in Weichselbeziehung und waren mit den Bezirken Brandenburg, Pommern und Ostpreußen verflochten. Der Verkehr mit Polen und Rußland, also mit den Gebieten, mit dem jetzt die abgetretenen Teile eines Staats und Wirtschaftsraums bilden, war besonders im Osten beherrschender mehr entscheidend. Der Verkehr Ostpreußens mit Westpreußen und Polen betrug 1913 26,6 o. H. des Gesamtverkehrs Ostpreußens mit dem Reich. Durch die Gebietsabtretungen hat der deutsche Osten und Nordosten wichtige Bezugs- und Absatzgebiete verloren. Bei der geringsten Rentabilität in Landwirtschaft und Gewerbe und der geringeren Wirtschaftskraft der abgetretenen Gebiete ist es für ein zugehöriges Gebietsgebiet in der Bevölkerung und in ihrer Beschäftigung notwendig ist. So beträgt 3,9 B. und besonders schwer betroffenen Ostpreußen die Wirtschaftsausgaben der landwirtschaftlichen Betriebe im Durchschnitt der Jahre 1925/26 und 1926/27 um 45 o. H. höher als bei der polnischen Betriebe.

Erben allgemeiner Kredit- und Verkehrsförderung müssen nach Ansicht der Arbeitsgruppe in Verbindung mit planmäßiger Siedlung insbesondere auch geeignete Maßnahmen ergriffen werden, die der Landwirtschaft wiederum zum Ertrage verhelfen, um so für die wirtschaftliche Stärkung und zahlenmäßige Vermehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine gesunde und dauernde Grundlage zu schaffen. Damit würden auch die an der Grenze der Wirtschaftswidrigkeit stehenden Gebiete im Ostens, aber der Wirtschaftswidrigkeit der wirtschaftlichen Tätigkeit auch engste mit der Landwirtschaft verbunden sind, die erforderlichen günstigen Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Und wo bleibt der Osten?

Hindenburg und die Not Ostpreußens.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing am 8. Februar in seinem Palais den ostpreussischen Landeshauptmann Dr. Blunk, der ihm eingehend die große Notlage, in die die vom Reich abgetrennte Provinz Ostpreußen unerschwert geraten ist, schilderte. Hindenburg brachte erneut seine herzlichste Anteilnahme zum Ausdruck.

Die Wirtschaftsnof im Osten.

Die Getreidefirma Karl Eitig in Schmiebus (mit Zweig Niederlassungen in Jelenzig und Berlin) ist trotz aller Stützungsversuche in Konkurs geraten. 16 Rittergutsbesitzer in der Gegend von Jüllidau, Schmiebus, Meloritz usw. und eine große Anzahl von Bauern sind beteiligt.

Der Staatsrat und die Eisenbahn Suden-Kreuz.

Der preussische Staatsrat hat die Denkschrift, die ein besseres Eisenbahnverbindung zwischen dem jändischen Gebiet und Ostpreußen fordert, die sich von Suden nach Kreuz über den Ort, dem Ministerium für Handel und Gewerbe mit wärmster Befürwortung mitgetragen, damit er im Sinne dieser Denkschrift seinen Einfluß bei der Reichsbahnverwaltung geltend machen soll.

Spendet für den Kampffonds,

da der Kampf um die Entschädigung fortgesetzt werden muß! An Stelle von Einzahlungen bestätigen wir mit herzlichem Dank an die Spender, den meisten der folgenden Spender...

Max Werner-Schneidemühl 40,—	Übertrag 110,—
W. W. Bach, Kamineralienl. V. D. 25,—	Ortsgruppe Waren „...“ 20,—
Louis Reich in Grob-Friedrichsburg „...“ 25,—	Emil Krüger - Großenberg (durch Selbstbürgerschaft) 5,—
Karl Spedda, Guben bei Sommerau O. Pr. „...“ 20,—	Ortsgr. Friedeberg (Queiß) 2,20
(alle vier durch Bürgern.)	zusammen 137,20
Miegel-Schneidemühl	dazu aus Nr. 47 9751,25
Übertrag 110,—	in ganzen 9888,45

Weitere Spenden werden unter der Aufschrift: Deutscher Ostbund, Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 45, auf Postkonto: Berlin 104 726 erbeten.

Um die Breslauer Oper.

Die Stimmen, die sich für die Erhaltung der Breslauer Oper einsetzen, mehren sich von Tag zu Tag. Verbände und Einzelpersonen erheben gegen die beschlossene Schließung der Oper Protest. Die Breslauer Studentenschaft fordert die Unterhaltung der Bühne, die während eines Schuljahres ein wichtiger Kulturfaktor für den deutschen Osten war. Wie die „Schlesische Tagespost“ berichtet, sind bisher rund 25 000 Stimmen aus allen Teilen Schlesiens abgegeben worden, die ihr Interesse an der Erhaltung der Oper bekunden. Ein Mangel an Geldern kann nicht als Grund für die Schließung angegeben werden; denn ebenso wie in Königsberg und Danzig ist die Wiederherstellung in den letzten Jahren befähigt geliefen.

In Breslau fand am 9. Februar, vormittags, eine von etwa 60 Vereinen und Verbänden unterhalten und von mehreren tausend Menschen besuchte Kundgebung für die Erhaltung der Breslauer Oper statt. In ihrem Verlauf protestierten der Präsident der Breslauer Handelskammer, Dr. GUND, Professor Eugen Kühnemann, Professor Baur, der Leiter des Breslauer Bühnenvereins, Ojental Moering, und Karl Wallauer als Vertreter der Bühnengemeinschaft unter höchstem Beifall gegen die Schließung der einzigen großen Kunstfeststätte der hohen schlesischen Provinz. Künstler wie Richard Streuß, Franz Schreyer, Max von Schilling, Barbara Kemp, Leo Slepak, aber auch Vertreter anderer Musik, wie Kurt Weil, daneben Männer des Schrifttums, wie Ludwig Juda, Alfred Rehr, Hermann Stehr hatten hinsichtlich ihrer Sympathie mit der Kundgebung in zum Teil scharfen Worten ausgesprochen.

Kolonnen und Senate der Breslauer Universität und der Technischen Hochschule „edelen“ in einer Eingabe an den „Verbandsrat“ und die übrigen beteiligten Reichstagen, um auf die Gefahr hinzuweisen, die die Schließung des Breslauer Staatstheaters für das kulturelle Leben des Ostens bedeuten würde.

Bundesnachrichten.

Zugehörigkeit der Beamten zum Ostbund.

Gegenüber deren lautenen Zeitungsartikeln haben wir an zuständiger Stelle in Erfahrung gebracht, daß ein Verbot an die Beamten, dem Deutschen Ostbund anzugehören oder beizutreten, von der preussischen Staatsregierung nicht erlassen werden ist.

Ostland-Kultur

Beilage zum „Ostland“, Wochenschrift des Deutschen Ostbundes E. V.

Nr. 4. — 11. Jahrg.

Nach Ostland wollen wir reiten!

14. Februar 1930.

Der Kampf um das deutsche Rawitsch.

Erinnerungen von * * *

Am 5. November 1916 proklamierten die Zentralmächte, Deutschland und Österreich, die Unabhängigkeit Polens. Am 11. November 1917 wurde durch sie die Universität Warschau errichtet und eröffnet. Am 11. November 1918 vertrieb das polnische Volk, das von seiner Selbständigkeit höchstens zu träumen gewagt hatte, seine deutschen Besatzer. Den deutschen Opfern, der deutschen Hilfe verdankt die polnische Nation ihre Auferstehung und bringt ihr Dankgefühl in der Verreibung ihrer Besatzer zum Ausdruck. Das Generalgouvernement Warschau wurde lieber in deutscher Hand gelassen, wenn nicht die Disziplin der Besatzungstruppen zerbrochen worden wäre. Der Abzug der Deutschen wurde durch die polnischen Polenkontingente erleichtert. Damals wurde ein geringfügiges Polenkontingent ernannt. Damals wurde durch die Provinz Polen ein geheimes Komitee von Widerstreikern mit dem „Stammlande“, obwohl eine

Stadt. Das 5. Armeekorps wurde am 7. Januar 1919 wieder mobil gemacht für die noch in feiner deutscher Hand befindlichen Kreise Polens, und das tat bitter not. In den kleinen Städten Görden und Jutroschin, zum Kreise Rawitsch gehörig, organisierten sich Soldaten polnischer Nationalität mit preußischen nagelneuen Montierungen und Waffen, die aus den Depots in Polen entwendet waren. Die Ungezogenheit und Erregung der Rawitscher Bürger reizte sich, zumal Droß Czarkowski aus dem nahen Soleczko mit einem Ultimatum an die Stadtverwaltung herantritt und die sofortige Übergabe der Stadt unter allerlei Verprechungen und Verbrüderungsphrasen fordert. Aus Breslau eilt Oberpräsident Philipp herbei, feuert die Stadt zum Ausbarren an und befragt Hilfe, Material und Mannschaften zu. General v. Dierendonk übernimmt das Kommando über



Rawitsch: Protestung der deutschen Bevölkerung durch die Stadt nach dem Bekanntwerden des Friedensbittakes von Versailles (Juli 1919).

offene Feindschaft der Polener Polen gegen die Kongreßpolen bestand. Gerüchte von Deutschenverreibungen tauchten auf. Die Erklärungen in den polnischen Garnisonen waren jedoch und von wenigen Offizieren und Unteroffizieren geföhrt. Der Kreisrichter Wolf Duberski mit einer Ententemission auf dem Wege nach Warschau, der mit deutscher Erlaubnis durch Polen kam, gab am 26. Dezember 1918 das Signal zum Aufstande. Die deutsche Regierung in Berlin war stark in Anspruch genommen mit den parlamentarischen Aufständen, so daß es einzelnen polnischen Elementen gelang, in der polnischen Regierung sich feste Plätze zu sichern unter freundschaftlichsten Vorbedingungen aller Art. — Das in Rawitsch beheimatete Infanterie-Regiment Nr. 52 war von Major Kommandeur, Major Richter, nach Hause gebracht worden. Die Demobilisierung war am 23. Dezember 1918 beendet. Es bestand aus insgesamt 323 Mann, darunter 250 Polen, die, aus dem Feldkrankendepot kommend, alleinst nicht kein Pulver gerochen hatten. Sie unterstanden enger ihrem Kommandeur in zwei Bataillonen Major Boger und Hauptmann Grollier. Die Vorgänge zu Weidenbitten in Polen alarmierten die gute deutsche Stadt Rawitsch. Weit vorausschauend wurde bald eine Verteidigung der Stadt vorbereitet. Landrat v. Günther führte den Vorfall des Ausschusses. Inzwischen waren Ostrowo und Krotoschin in der Nacht vom 30. zum 31. Dezember 1918 überrumpelt worden, natürlich unter Kundgebungen allerfeindschaftlichster Gesinnung. Das Infanterie-Regiment Nr. 191 begann. Die jungen polnischen Soldaten wurden vom Regiment, soweit sie noch nicht mit der Waffe benachteiligt waren, scheinunglos entlassen. Somit bestand die benötigte Macht in Rawitsch aus rund 130 Bewehrten. Am 3. Januar 1919 bildete sich in einer Versammlung erster weidener verteidigungsbarer Männer im Schützenhause, die von dem tatkräftigen Studentent Dr. Schmitz, Lt. d. Inf., einberufen war, eine Volkswehr aus etmo 500 zuverlässigen Kämpfern zur Verteidigung der

das Siderungsgebiet von Rawitsch. Hier organisiert sich Regiment Nr. 50, anfänglich in Grabenbrigade Grenadier-Regiment Nr. 6 und Infanterie-Regiment 309 in Herrnhut. Über Rawitsch wird das Stadtrath proklamiert, wodurch Ruhe, Ordnung, Sicherheit wesentlich gefördert werden. Das bisher noch ungekehrte Städtchen Sarne, 4 km nordöstlich Rawitsch, wird am 10. Januar von den Polen genommen. Ein Pole macht sich sofort zum Bürgermeister. Am Tage darauf wirft Hauptmann Grollier mit seinen Truppen und der Rawitscher Bürgerwehr die Geller, die nicht gerufen waren, wieder hinaus. Sarne bekommt ein Wachtkommando unter Lt. Berger (Sarne wird). Kreisrichter Dr. Guth, ebenfalls in Sarne, hochbegelert für die Befreiung seines Städtchens, tut sich rühmlich hervor und schafft schnell eine Bürgerwehr Sarne. Genau ein Jahr später, als alles vorbei ist, stirbt er an gebrochenem Herzen, kurz vor der Übergabe an die Polen. Sein Tod wirkt tief erschütternd. — Am 8. Januar 1919 wird das große Dorf Slupia, 8 km östlich von Rawitsch, von polnischen Demobilisten geföhrt. Die Kampflinie R. S. bildet sich von Wojanowo bis Forsten. Der Pole greift die schwachen Positionen der Deutschen an. Es beginnt hier die Verluste zu mehren. Einmal Wende vom 50. Regiment, im Felde außerst wertvoll und tapfer, Rawitscher Sobus, unter ihnen auch Unteroffizier Reich, fallen. Artillerie kommt zu Hilfe, vier Geschütze, die die Amarrschützen von Görden, Mänkezug usw. mit Feuer besagen. Mit Anfang Februar beginnen die allwöchentlichen Schützereien an allen Ecken. Jeht haben die ersten schweren Tage. In der Nacht vom Montag zum Dienstag, vom 4. zum 5. Februar, nehmen die Polen Sarne unter harten beiderseitigen Verlusten. Die Sarner Bürger geteilt, teils für die Polen, teils für die Deutschen, wodurch der Kampf erbitterter wird. Der brave Rantor And fällt, liegt drei Tage unüberdig auf dem Pflaster an Rathaus, ohne Stiefel, Uhr, Trenching usw. Rawitsch,

licher der Selbstaufhebung verzichten in Heimarstellung und rechten Erinnerung an Brest-Litovsk. Der Niederschreibungsverfälschung Oberleitungs R. e n n e s befähigt sich in längerem Maße mit dem Stand der politischen Verhandlungen. Es müßte erwartet werden, daß die Regierung die überkommene Verpflichtung der Entschädigung gerecht erfüllen wird. Es sei zu begrüßen, daß im Kampf um den nächsten Schritt des Offens sich endlich die gesamten Offiziere zum Handeln gefunden haben. Hilfe, und zwar jegliche Hilfe auf allen Gebieten ist das Gebot der Stunde, was auch in nachdrücklicher Entschiedenheit seinen Niederschlag in den Beschlüssen des Deutschen Offiziers, die unter der Offens nicht auf jeder Stelle zu leiden haben, taten allen verantwortlichen Stellen zu. Helft in letzter Stunde dem deutschen Offizier so selbst ihr Vaterland!

Landesverband Otmakar.

Ortsgruppe Süßenwalde (Spreewälder). Die Jahreshauptversammlung als Abschluß des letzten Vereinsjahres war insofern beachtenswert, als sich im Rückblick der Kampf um die Lebensfähigkeit der hiesigen Ortsgruppe niederspiegelte. Mit schwerem Sorgen und trübem Aussehen trat sie im Januar 1929 das neue Vereinsjahr an. Waren doch in letzten Jahr die inneren Kämpfe, die Unentschiedenheit bis zum Standpunkt geflogen. Mit bewußter Energie begann der neue Vorstand, an der Spitze Gewerbedirektor K l i e m e r, seine Arbeit. Die Umgestaltung der Ausgaben der Vereinsrechnung, das trockene Schriftführer-tage, gehen in den Hintergrund der Beiträge, Gesänge, gewürzt mit Humor, füllten die Hauptteil der Ausgaben aus. Aus dieser begonnenen Arbeit wurde der tüchtige Vorsitzende schon nach drei Monaten abberufen infolge Verletzung. Der neue Schriftführer, Bezirkslehrer B a l k o m, Reichendorfer (Spreewälder), wurde nun mit der Leitung beauftragt. Es kam festgesetzt werden, daß die Ortsgruppe heute wieder in sich geistig belebt und gemüht ist, den „Mitteltönen“, Verdrängungen aller Art, denen sie hier eifrig ausgesetzt wird, die harte ökonomische Stim zu bieten. Wenn auch leider festgesetzt werden muß, daß viele Landsleute in den letzten Jahren aus den Rücken gekriecht haben, so glauben wir doch, daß der treu geliebte Keist von Kämpfern wertvoller für unsere Offiziersarbeit ist als die materiellen Mittel, die ihre alte Heimat, während ebenender Selektion mit der letzten Auszahlung ihrer Forderungen, den letzten Organen für die Ortsgruppe zu beschaffen, die sie nun in dem Verein aufgenommenen Mitglieder der aufstrebenden Ortsgruppe. Am 18. Februar soll gelegentlich der nächsten Monatsversammlung der Kulturheim „Jüdel Ostpreußen“ vorgeführt werden. Landemann S a n k brachte wieder Zeitungsberichte aus dem „Polener Cabarett“ und der „Deutschen Rundschau“, wodurch mit erfreulicherweise über die wichtigsten Ausgabenheiten immer unterrichtet sind. Landemann K o e n i g benutzte sich kurz über die Erfolge der Offiziersheim Spar- und Darlehnskasse, welche schon vielen Verdrängten helfen konnte, und bittet, die freie Kasse entgegenstellend in ihrer Arbeit unterstützen zu wollen. Sparenregeln werden gut verfaßt und stehen gut obzolut fieber.

Ortsgruppe Guben. Die Jahreshauptversammlung fand am 17. Januar statt. Sie war leider nur wüßig belaut. Der Vorsitzende erläuterte dem Jahresbericht, darauf der Kassenrat den Jahresbericht gab, der zeigte, daß die Finanzen der Ortsgruppe gesund sind und die Führung der besten Händen liegt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiederholt für ihre Ausübung eines patriotischen und treuen Besitzers und des Kulturpflegers, für die Erfolge der letzten fünf Jahren. Die Ortsgruppe will ihr 10. Stiftungsfest durch eine besonders würdige Feier begehen, die jedoch, den Zeitumständen Rechnung tragend, einfach gehalten werden soll. Die Vorbereitungen hierzu übernimmt ein Ausschuss unter Führung unseres verdienten Herrn K o e n i g. Ferner wurde beschlossen, in diesem Jahr nur ein Sommerfest (Kinderfest) zu veranstalten und nach Schluß der Jahresversammlung eine gemühtliche Salkenfahrt zu veranstalten.

Die Ortsgruppe Rühn ist am 11. Januar ihre Jahreshauptversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Juliusjunker A. R. S i g n e r, Altes Hauptmann, gewährte der im letzten Jahr verstorbenen Landesleiter, Er wies auf den Jahrbuch-Bericht des Verlustes unserer Heimat hin, berichtete dann über Seiblungsfragen, Verdrängungsfragen, Emigrantenabgabe usw. Nach Erläuterung des Jahresberichts durch den 1. Schriftführer S. S o k und des Kassenberichts durch den Kassenführer S. W e i n k a u f dankte der 1. Vorsitzende dem gelehrten Vorstand für seine gelehrte Arbeit. Der geschickte Kulturpfeifer, Herr S i g n e r, überreichte dem 1. Schriftführer S o k und dem 1. Kassenführer W e i n k a u f die Ehrenurkunde des Deutschen Offiziers. Dem 1. Vorsitzenden, Herrn S i g n e r, war ebenfalls die Ehrenurkunde am 24. August 1929 durch den Vorstand überreicht worden. Auf Verlangen der Kassenführer wurde dem Gesamtverband Entlohnung erteilt. Die Vorstandswahl ergibt Wiederwahl des gesamten Vorstandes, bis

auf eine Anzahl von Beistehern der Oberpostinspektoren K l e m a n n vorausgeht. Dieser Punkt „Verfälschung“ wurden vom 1. Vorsitzenden mehrere Bundesmitteilungen jenseit Bericht aus dem Offizier betreffs Polenerfrage bekanntgeben. Desgleichen richtete der 1. Schriftführer nochmals Worte an alle Landsleute, treu zum Deutschen Offizier zu stehen und in schwerer Schicksalsstunde des deutschen Volkes dem gemeinamen Kampf gegen die Kriegsschuldige auszuweichen. Der Bezug des „Offiziers“ und reger Veranlassungsbezug wurde dem Landesrat vom 1. Vorsitzenden empfohlen.

Landesverband Schleifen.

Ortsgruppe Schweidnitz. Die Hauptversammlung wurde am 12. Januar abgehalten. Nach den Neuauflagen seitens des Vorstandes konnte dieser die politische Lage und erwähnte die 10-jährige Wiederkehr des Todes der Otmakar. Nach Verlesung des Berichts über die letzte Sitzung wurde der Jahresbericht seitens des Schriftführers vorgelesen. Im Jahre 1929 sind sechs Beistellungen zu verzeichnen gewesen. Der Ausflug nach der goldenen Waldmühle führte die Mitglieder ebenfalls zahlreich; in der Weihnachtsfeier wurden 50 Kinder befreit. Unsere Ortsgruppe zählt zurzeit 75 Familien, die in der Stadt und im Landkreis wohnen. Das Winterfest wurde im vergangenen Jahre ausfallen. Ein bisheriger Vorstandsmitglied wurde wiedergewählt. Am 15. Februar findet ein Kassenfest statt.

Landesverband Rieberhofen.

Ortsgruppe Grünberg i. Schl. In einer inplaneten Zeit gehalten sich das 10. Stiftungsfest am 12. Januar. Vorbereitungen von Musikern der hiesigen Stadtkapelle leisteten die Feier ein. Der Vorbericht „Die Dame im Ordbensland“ (Fr. v. Kriebel) wurde von Hr. W o h r gut vorgetragen. In der dankbarsten Zuhörer begrüßte der 1. Vorsitzende, Herr Kallenderkreuzer K r u g, die Gäste, die die Überzeugung des hiesigen Kreisratgebundes und die anwesenden Vertreter der früheren Polener Regimenter, Singensienner auf den 10. Jahrestag der Anknäpfung des schadenhaften Verfallert Diktats; Redner sprach über die Unmöglichkeit, durch Verhandlungen mit dem Polen nun Ziele zu gelangen und über die Vorarbeiten, die die Erkenntnis von der Bedeutung des Offiziers im Reich machte, ihren Ausblick nach die Erde benannt. Der 1. Vorsitzende sprach über die Bedeutung des Offiziers „Wenn die Soldaten...“ von P. J. Dietrich wurde wohl gefolgt. Zur Abwechslung wurden verschiedene Vorträge gehalten, zu deren Gehör nämlich die Herren D r i e u e l l aus Glintherdors und K ü m m e l aus Grünberg beitrugen. Stirnführer Veilfall war der Lohn. Alle Darbietungen zeigten von großem Fleiß.

Ortsgruppe Hengersbach. Die 11. Februar ein Stiftungsfest im „Wald“, zu dem viele Mitglieder der Ortsgruppe im „Bauern“ waren. Der Vorsitzende, Konkreter Lehmann, gedachte all dessen, was die Otmakar und ihre Bewohner in den letzten elf Jahren erlitten haben. Der Vorsitzende der Ortsgruppe „Bauern“ ermahnte zum treuen Festhalten am Otmakargedanken, denn nur so könne der Wahrheit der Offiziers, „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein in Erfüllung gehen. Jedem soll den Offiziers Offiziers erlitten werden, daß die beiden Offiziers Offiziers verfolgen Ziele Gemeinut immer neuerer Kreise werden. Fröhlicher Gang hielt die Teilnehmer lange gemühtlich vereint. Daß die Teilnehmer das Bewußtsein hatten, nicht nur ein wohlgeordnetes Fest gefeiert, sondern auch der Erzieher zur alten Heimat und dem Gefolge, mitzumachen für ihre Zurückgewinnung. Ausdruck gegeben zu haben, das möchte ihnen die schönen Stunden im Kreise der Landsleute doppelt wert sein. Die Sagen über die Jahre 1918/1919 und die Jahre 1919/1920 Jahresbericht vorgelesen ab. Der Vorsitzende, Oberpostinspektoren K e u m a n n, W i l h e l m z. 2. gab einen Rückblick auf die Offiziersarbeit der vergangenen Jahre. Er betonte, daß man nur mit großer Sorge in die Zukunft blicken könne, daß man sich aber dessen gewiß sein möge, daß der Offizier stets auf dem Polzen sein und sich immer für die Interessen des deutschen Offiziers und der Offiziers der ersten Reihe einsetzen möchte. Die Beschlüsse der Offiziers Offiziers und früheren Kreisrat K e u m a n n wurde ebenfalls abgelesen. Der Kassenbericht wurde in Ordnung befunden und dem Kassenführer mit Dank Entlohnung erteilt. Die Vorstandswahl ergab zum größten Teil Wiederwahl. Es wurden gewählt die Landesleiter K e u m a n n zum ersten und S o u k e zum zweiten Vorsitzenden. W e n d e zum ersten und S p e r l i n g zum zweiten Schriftführer. W e i g l zum ersten und K r u l l zum zweiten Kulturpfeifer jenseit J o e n i s h, S c h u l z, S i l b e r t, S t e i n e r und S. J. S t e i n e r zu Vorsitzenden. Einem Kommando Steink i n d gleichzeitig Kulturpfeifer und Landemann Wender Scherker in Entschädigungsangelegenheiten. Herr Steink e gab dann einen Bericht über die Spottkultur Salkenfahrt vom 11. Januar. Salkenfahrt wurde bekanntgegeben, daß in der nächsten Versammlung Anfang März ein Lichtbänder überreicht werden soll. Ein Exemplar der „Serpentinfahrt“ wurde befreit. Einen wichtigen Teil der Salkenfahrt bildete ein Salkenfahrt zum Exemplar. Der Vorstand K e u m a n n ist über die Art der Salkenfahrt und den Verein für das Deutschtum im Ausland, der den Landsleute draußen in aller Welt kräftig helfen will. Die Worte des Vortrages seien auf fruchtbaren Boden und die Verammlung befreit, logisch dem A. D. A. als korporatives Mitglied beizutreten. Die Höhe des jährlichen Beitrags soll in der nächsten Versammlung festgesetzt werden. Durch diesen Befehl ist das Salkenfahrt lang angelegte Salkenfahrt gehen mit dem heim-

Verwertung von Enschädigungs- u. Schuldbuchforderungen

Beratung, Vorschüsse, Beleihung

Ankau zu höchsten Kursen und schnellstens durch

Ostmärker - Aufbau G. m. b. H.

Dr. Polka, Bürgermeister a. D. Müller

jetzt: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B II

Tel. Nollendorf 2775.

Empfehle mich allen
Landsleuten für
Anfertigung von
Schriftfähen

an Behörden, Steuerarbeiten, an Gerichte, f. Buchführungs- bzw. Bilanzarbeiten, Beratung, Hausverwaltung. Insbesondere aber zur Anfertigung aller Schriftsätze und Arbeiten in Verbrüderungssachen.

S. Neustadt, Berlin N. 113, Wisbger Str. 72.

früher Büroortsteher beim ehem. Kgl. Polizeidirektamt Köpenick, Kreis Jaroschin.

Wäscherei Fiege

Köpenick, Wolershofer Straße 4,
Tel. Köpenick 1510

Begüße 30, Kopffleßen 15,
Oberhemden 20, Herrenkleid-
mäntel 20, Damenkleidmäntel
15, Bandstud 5 Pfennige
Abholung Freitags, Sonntags u. Montags
durch Kraftwagen. (Früher Reutemichel.)

Kunstwabenfabrik mit bienenwirtschaftlichem Versandgeschäft und Honigkuchenbäckerei

in der Nähe Berlins, gut eingeführtes
Geschäft, große Stammkundenschaft, wegen
Wiedereröffnung sehr günstig zu
verkaufen.

Anfragen unter W. S. 4520 an das Diktand erb.

Mitglieder!

Bediene Euch nach Möglichkeit Eurer
Organisation und ihrer Einrichtungen.

1. Geschädigtenhilfe
Die Abteilung hilft den Mitgliedern
bei der Verwertung ihrer Schuldbuch-
forderungen und bei allen damit zu-
sammenhängenden Angelegenheiten.

2. Versicherungsstelle
des Deutschen Ostbundes. Sie
vermittelt alle Versicherungen zu gün-
stigen Bedingungen.

Deutscher Ostbund e. V.
Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstr. 43. Tel. Steintpl. 8031.

Landsleute! Bedient Euch Eurer Organisation! Schuldbuchforderungen

verwertet zu höchsten Kursen

Ostmärkische Spar- und Darlehnskasse

e. G. m. b. H.
Berlin SW 11, Dessauer Straße 8 1/2

Sprechzeit 1—5 (außer Sonntagen).
Bei schriftlichen Anfragen Rückporto.

Polnische Hypotheken

Forberungen, Verpau-
pieren, Grundstücke in
Polen kauft für das
Hypotheken- und
Handelshaus
Edmund Suwalki,
Bydgoszcz (Polen)

Emil Vollenberg,
Min.-Charlottenburg,
Kommienstraße 46.
Tel. Bismard 4663.

Adolf Krause & Co.

G. m. b. H.
Maschinenfabrik u. Eisengießerei
KÖSLIN in Pommern
Fernsprecher 219 u. 239 (früher Thoma)
Liefere prompt von ihrem Lager jede
Landwirtschaftliche Maschine
von der Hacke bis zum Dampfpflug
franko jeder Bahnstation

Am Wunsch auch gegen günstige Ratenzahlungen.

Zu verkaufen

Rentengüter

40 bis 80 Mg., mit 3 bis 4 Schlüsselstellen
Gebäuden. 8000 bis 14000 M. Anzahlung.

Restgüter

vermieteter Wohnen.

Übernahme zum 1. 4. 1930. Jung ent-
werber. Angestrigte niedrige Mietpo-
stel, meist 1 Freijahr. — Näheres durch

Deutsche Ansiedlungsbank
Berlin - Halensee, Seefener Straße 30.

Optiker Stephan

Berlin SO, Schlesische Straße 39-40
Telephon: Moritzplatz 4273

Kostenlose Augenuntersuchung
Fachmännische Heilung
Reparaturen
sofort
Eig. Werkstatt
im Hause

Lieferant für Krankenkassen
Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost



52 Mg. Landwirtschaft

Udemart, davon 16 Morgen Weide,
alles am Hause gelegen, 2 Wiede-
8 Rindvieh, 7 Schweine. Erforderl.
Anzahlung 10000 Mark, verkauft

Erich Pantel, Oranienburg,
Mühlenfeld 6. — Telephon 2730.

5-t-Stadtmühle mit Bäckerei

60 km von Berlin, uml. 300000 M.,
3 mal 4 Zimmer tauschlos frei,
voller Betrieb, Laikaun, 30 Jahre
leghand, tobefähigstalter, Preis
60000 M., Anz. 15000 M., verkauft

Erich Pantel, Oranienburg,

Mühlenfeld 6. — Telephon 2730.

Sichere Existenz!

Familienverhältnissen
halber ist eine seit
10 Jahren eingeführte
**Drogen-, Kolonial-
waren- und Süd-
frucht-handlung**

2 Eäden und Lager-
räume in Theater- und
Gymnasialstadt der
Breitweg Siedlung, bei
Verhandlung sofort zu
verkaufen. Wohnung
tam gleich bezogen
werden. Nachweisbarer
Umsatz ca. 26000 M.,
Erlöberl. ca. 5000 M.,
Miete inkl. Wohnung
monatlich ca. 100 M.,
Wohnungen unter 4545
an das Diktand erbeten.

Laden

mit Wohnung in bester
Lage der Stadt, für jed-
Geschäft geeignet, sofort
zu verpachten.

Gustav Müller,
Wienzen,
Berliner Berg 11.

Pr. Klass.-Lotterie

Lose 5. Kl.

Stattl. Lotterie-
Einnahme
Stettin, Augustastr. 9
(früher Hohensalza.)

Möbeltransporte



in Berlin und
nach außerhalb
per Bahn und
Automöbel-
wagen, Woh-
nungstausch,
Lagerung.

Stegitzer Straße 91, Fernsprecher: Lützow 94 u. 6799

Am ostmärkischen Herd

Unterhaltungsblatt zu der Wochenschrift „Ostland“

Herausgegeben von Emanuel Günzel und Dr. Franz Lüdtke
Verlag Deutscher Verlag G. V., Berlin-Charlottenburg

Nr. 4

1930

Berlin, den 14. Februar

Ditmarkeu.

(Nachdruck verboten.)

Mit unsrer Qual, mit unsrer Not
Steh einjam wir, steh wir allein.
Wer will dem Land, und droht mit Tod,
Ein Helfer und ein Retter sein?
O deutsche Brüder, rings im Reich,
O hört den Schrei der Ostlandnot!
Wir kämpfen, den Verlorenen gleich,
Um's nackte Leben, karge Brot,
Um unsrer Heimat deutsche Art,
Der Heimat, heiß begehrt vom Feind.

Selbst uns, um trozig-wetterhart
Zu wirken, daß ein's Fröbrot scheint
Dem deutschen Vult, dem Heimaland,
Den Kindern, Deutschlands bestem Gut,
Auf daß sie ein's mit starker Hand
Einhalt gebieten fremder Flut! —
Laßt uns mit unsrer Qual und Not
Nicht ganz allein, nicht ganz allein!
Wer will dem Land, und droht mit Tod,
In seiner Nacht ein Helfer sein?

Julius Wansmer.

Das Gymnasium von Lengow.

(Nachdruck verboten.)

Ein Roman aus der Ostmark von Carl Wasse.

Copyright by Engelhorn, Stuttgart

(13. Fortsetzung.)

„An die große Stille, die um so gemaltiger, eindringlicher und drückender war, als man Tausende sah, die versunken schliefen, jagen die flüchtigen, rollenden Gänge des Wogels. Und so deutlich fielen sie in die Nähe und Ferne, daß der singende Priester den Kopf hob, er sah den Knaben da oben stehen. Hundert andere Häupter blickten gleichfalls auf.“

Und der Kantarieneegel schien sich zu Lode singen zu wollen: so sah und laut klang sein Lied. Es ging hoch unter im Gemübel der Eremellen. Alter und Birke waren gewohnt, die Menge hob sich, die geheiligten grünen Zweiglein wurden von hundert Händen gestützt, die Glocken klangen, der Weihrauch stieg aus den geschwungenen Räucherbecken — weiter ging der Zug.

Die ersten blickten noch einmal nach oben: der Knabe stand noch immer am offenen Fenster. Und jeder tat es dem Vordermann nach: die unabhätbaren Scharen hoben vor diesem Fenster das Haupt und schauten empor, als müßte da etwas Ungewöhnliches und Seltsames zu sehen sein.

„Nimmer rötet wurde des Knaben Gesicht. Er hatte schon vorher zurücktreten wollen. An der kindischen Furcht, so wie er erscheinen sollte, er es nicht getan.“

Und als nun immer von neuem, gleichsam mechanisch, die Augen der unten Wandelnden sich zu ihm aufstiegen, überkam ihn bänglich und groß das Gefühl, als stände er hier ganz allein, und die unübersehbaren Massen, die den ganzen Markt und alle Straßen beherrschten, jagen in Hof und Groll gegen ihn.

„Da lebte er sich direkt an das Fenster, als ob er standhalten müßte: einer gegen Tausende ...“

Die Blicke, die ihm galten, wurden böser. Wiele wußten, wer er war, kannten ihn und seinen Vater. Die Gesellen bösten ihn, weil er ihnen Kameraden zur Ansicht gebracht hatte.

Er hielt jeden Blick aus. Es kam ihm nicht der Gedanke, daß sein Stehen hier am offenen Fenster etwas Furcht auslösen und anreizend wirken konnte. Erst als die letzten des Zugs verschwunden waren und der Gesang wieder wie ein dumpfes Brausen über der Ferne scholl, trat er zurück.

„Völlig menschenleer und sonnenbeschienen lag der Marktplatz. Der Kantarieneegel war müde geworden und sang nicht mehr.“

„Am Nachmittag war das große Fest des Handwerkerereins. Aber das war nichts als ein Rahmen für ein altes Volksfest. Solange man denken konnte, waren dafür die Meistersinger freigegeben und das „Waldhorn“.“

„Gleich hinter der großen Kirche freckten sie sich hin. Und da Kirche und Gymnasium ziemlich dicht aneinander lagen, konnte man den Festplatz von dem Fenster der Aula aus übersehen.“

„Buden waren aufgeschlagen, sitzende Händler jagen mit Papierfahnen umher, die die verschiedensten Farben der Provinz; und des alten Königreichs Polen oder das Bild der heiligen Jungfrau prägten. Mit Kind und Kegel jagen die Bürger von alters her auf die Feststätte, der sich Scharen von Unbesitzenen drängten, die mit offrenen Mäul alle Herrlichkeiten besahten. Große Tennen. Hier waren schon tags vorher hinausgerollt worden; reichlicher noch floß der Schnaps. Dazu schmetterten Trompeten und Geigen, kreischte das junge Volk, ward geläutert, gepfiebt, gejungen, bis der Tanz begann. Wie gesagt, ließ es sich der Adel nie nehmen, das Fest zu besuchen. Auch die Pröchte machten einen Rundgang. Erst gegen Abend, wenn das Treiben gar zu bunt ward, Bier und Schnaps ihre Wirkung taten und alles in

Jubel und Seligkeit schwamm, verließen die besseren Leute den Festplatz, auf dem es bis Mitternacht lebendig blieb.“

„Der „Lüße Strich“ hatte seine Türen und Fenster auch diesmal wieder mit Birkenzweigen und Kalmus geschmückt. Aber als es nachmittags auf den Straßen wibbelte und krabbelte, schloß er vorläufig alles ab.“

„Man kann nicht wissen, was kommt.“ sagte er. „Fände mich vom Porzellan! Was tut ein vorläufiger Mann? Er klebt zu Hause. Geh nur, Roberten, und hole mir eine Feiertagsgarne.“

Robert Strich war froh, daß er rauskam. Bieleicht daß er nun doch noch etwas vom Aufzug des Handwerkerereins sah. Denn es war sehr herbortändlich, daß er nicht aus der Kire durfte, wenn der Vater da war. Es hieß immer nur lernen, lernen, lernen!

Er machte also seine Vorbereitung und stellte sich dann dicht an einen Vatererzähler, der nach jedergebe Beobachtet durch einen Protesten geführt war.

„Vortandredt wagten die Vaut vorbei, auch Gymnasialisten jagen in Gruppen vorüber. Das Warterböndchen beachtete niemand, und das schien ihm grad das beste.“

„Wens nur der Zug hoch kämel! Allzulange durfte er seinen Vater nicht warten lassen.“

„Aber sein Striden ward bald gekürt. Jemand hielt ihm pöflich die Lagen zu. Und als Dringende bekam er ein paar laute Duffe. Er kannte die Sorte. So mit dem barten Knobel des Mittelkessers stieß nur einer: sein Spezialfreund Wanonowski, der ihn damals so bitterböse hatte „laufen“ wollen.“

„Und Reinhold Wächter, der voriges Mal geholfen hatte, war nicht in der Kabe.“

„Er machte er gute Miene zum bösen Spiel. Es waren im ganzen fünf Schüler, die vom gleichen Platz aus das Schauspiel des Aufzuges mit ansehen wollten. Sie nahmen Robert Strich in die Mitte und hänselten ihn, bis ihm das Weinen nahe war. Sie meinten's gar nicht böse — es war halt ein kleiner Spöß, der die Zeit des Wartens vertrieb.“

„Und das Heimbild lachte und lächelte kramphöft. Ganz nebenläufig machte es auch einen Kundtversuch — denn der Vater ließ nicht mit sich spielen, und die Zeit verlor. Aber im Entzorn ward das Jungchen zurückgeholt.“

„Es war gut, daß bald darauf Monsieur Jambon die Straße entlangspaziert kam. Feiertagslieb als sonst — im schwarzen Gedrock, aber mit äußerst behaglichem Gesicht.“

„Die Gymnasialisten grüßten — der Kleine schwenkte seinen Hut mit dem großen Zug, bei dem er sich stets den Arm auszurecken schien — und pöflich blieb er leben.“

„Denn Robert Strich sagte sich, daß dies die einzige Gelegenheit zur Klacht sei, und feuerte in seine Kabe.“

„Nanu, Strichelchen“, rief der Herr Rektor — „auch neugierig?“ „Joh ... ich will nach Hause“, flammelte der Junge.“

„Da hoch Jambon die große Kafe, schämte sich durch die Luft, brach sich die fünf Doppenspieler, die da am Strohacker Posten gesetzt hatten, und schloßerte die Hand durch die Luft.“

„Je compendieux — mit dem berühmten Kalligrafen. „Halte dich nur zu mir, mein Junge. Ein Stückchen können wir zusammengeh.“ So kam das Warterböndchen aus einer bösen Gesellschaft in eine gute.“

„Jah bin nämlich auf dem Weg zum Herrn Direktor“, sagte der alte Lehrer langsam. Er pflegte dergleichen mit Wohlwille den

Wie haben Briefanschriften nach Polen zu lauten?

Der „Dziennik Bydgoski“ Bromberg, ein sonst fast deutschsprachiges Blatt, hat sich kürzlich darüber lang und breit entläßt, daß ein polnischer Postbeamter einen Brief nach Hofensala hat zurückgeben sollen mit dem Vermerk: Hofensala existiert in Polen nicht. Er nennt das „waterländische Cümmele“ und hat sich dafür eine Belästigungsklage der Bromberger Postdirektion zugeeignet. In Deutschland, so schreibt der „Dziennik Bydgoski“ weiter, komme es etwas nicht vor; da bewußte man den Brief nach Warszawa (Warschau), nach Kiew (Kijew), nach Krakowice (Krakowitz) unterbringt; er spielt damit auf die vielen, vielen Mängel in Briefanschriften an die polnischen Sachverständigen an. Neu ist die Mitteilung, daß jetzt in Warschau eine Kommission zusammengetre, die die oft recht eigenartig entworfenen Ortsnamen prüfen und unter Umständen ändern werde. Man kann auf das Prüfergebnis gespannt sein.

Was nun die Briefanschriften betrifft, so gibt der Weltpostvertrag keiner Vollnormalung eines Landes in Weltpostverein das Recht, Briefe mit mehrsprachigen Anschriften deshalb zurückzugeben, weil sie in anderer als der Landes- oder Staatsprache abgefaßt sind. Die Postanstalten müssen sich bemühen, auch solche Sendungen dem Empfänger

zuzuführen. Polen, trotz aller Pönbefassungsstellungen-Werbung für „Donau, Bromberg, Gnesen, Thorn, Straubenz, Rattowitz, Plesz“ und viele andere sind solche mehrsprachigen Anschriften. Eradben empfiehlt es sich nicht, diese weitbekannten Ortsnamen allein auf die Briefanschriften nach Polen zu setzen, sondern die polnischen in lateinischer Schrift in Klammern hinzuzufügen. Dann erst ist es, so wie die Verhältnisse nun einmal heute liegen, sicherer, daß die Briefanschriften, Druckmaschinen und die Briefträger nicht richtig ausgelegt werden. Eine große Zahl polnischer und mehrsprachiger Orte hat übrigens in deutscher Zeit die polnische Bezeichnung östlich oder nur mit geringer klanglicher Änderung der a und e erbrocht. Der Pönbefassungs „Polen“ (Polka) erbringt sich in den allermeisten Fällen. Für die Telegramm-Anschriften gelten andere Bestimmungen; da ist die polnische Bezeichnung im sog. internationalen Bereich die Regel, während ohne Rücksicht darauf die deutsche die für den Verkehrsgünstig ist, allein maßgebend. Seht der deutsche Absender den alten im Verkehr so wohlbekannten deutschen Namen in Klammern vor den amtlichen polnischen, dann hat er dafür 2 Wörter mehr (2 × 19 Pf.) zu zahlen. J. Werngraber.

Deutschland horcht auf.

In der Zeit vom 22. bis 25. August d. J. tagte in Kassel der „Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen“. An den Verhandlungen nahm u. a. auch eine sehr starke Abordnung der führenden Geistlichen und Gelehrten der britischen Kirchen teil, deren Einstellung und Verhalten Deutschland und dem deutschen Volke gegenüber allseitig lobt und anerkennend empfunden wurde. Den Höhepunkt der Verhandlungen bildete eine Volkskundgebung in der geräumigen Stadthalle, an der sich das oben erwähnte, aus 2500 Personen bestehende Komitee aus allen Volksteilen und allen Alters- und Geschlechts. Dieser starke Besuch einer außerordentlichen kirchlichen Versammlung setzte die englischen Kirchenführer, die Ähnliches von England her nicht konnten, in Erstaunen, und sie suchten nach einer Erklärung dafür. Nach ihrer Meinung mußten die sehr guten musikalischen Darbietungen die große Beteiligung bewirkt haben, bis sie in deutscher Sicht durch den Ausspruch: „Deutschland horcht auf“, eines Besseren belehrt wurden und so zu einer anderen Meinung über den starken Besuch kamen.

Einer der englischen Kirchenführer, Domburg und Oberpfarrer E. Guy Rogers, Birmingham, vertritt über seine diesbezüglichen Eindrücke in der Presse seines Landes. Wir entnehmen dem von Oberbündendirektor Paenkemann übergebenen Artikel folgende, für die „Ostland“-Leser besonders interessanten und wichtigen Stellen.

Domburg Rogers sagt da zunächst von den Einleitern an der großen kirchlichen Volkskundgebung in Kassel: „Sie wollten wissen, ob internationale Freundschaft irgendeine Bedeutung hätte und ob hier die Rettung für ihr Land liegen könnte. Daher dieser Eifer, die Auslegung zu hören, die die christlichen Kirchen und besonders die der Anglikaner in England diesen Leistungen geben würden.“ Und im Hinblick auf den deutschen Osten heißt er dann fort: „Wir hätten internationale Freundschaft, wie sie durch die Kirchen ergründet und ausgeübt wurde, so sagen wir zu bieten in bezug auf solche brennende Fragen wie Danzig, die Schulen und den „polnischen“ Korridor?

Deutschland horchte auf, und die Menge, die ich an dem Abend gesehen hatte, war ein Sinnbild des deutschen Volkes, das auf das aufzunehmende Wort wartet, auf das es seine Hoffnungen für die Zukunft gründen könnte.“ Domburg Rogers berührt weiter in seinen Ausführungen u. a. auch die Kriegsschuld-, Wiederaufbau- und Entschädigungsfragen und weist auf die, durch etwaige weitere Unterdrückungen des deutschen Volkes heraufbeschworenen Gefahren der christlichen Union hin. „Deutschland“, heißt es, „hat die Frage gerade für den Osten Deutschlands noch ganz besonderer Dringlichkeit.“ Er schreibt: „Die Unfriedenszeit in Ostpreußen war Beispiel, das von dem übrigen Deutschland durch den „polnischen Korridor“ getrennt ist, ist nicht nur gefährlich, sondern wirtschaftlich. Es sieht fast, daß es unter den gegenwärtigen, unannehmbaren Bedingungen Deutschland mehr kostet, Getreide von seiner eigenen Provinz Ostpreußen zu erhalten, als es von Amerika zu importieren.“ Mit besonderer Betonung und Hinweis auf die durch Großbritannien bereits geforderte vorzeitige Rheinlandräumung führt er dann fort: „Die Zeit ist gekommen, nicht nur aus menschlichen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen, die das Wohl Europas angeht, daß das lauschende Deutschland Worte der Ermunterung hören sollte.“ Domburg Rogers schließt endlich seinen Artikel mit den beruhigenden Sätzen: „Wir können kein aufrührerisches oder niedergedrücktes Deutschland brauchen. Wir müssen fortschreiten, aber „eins der der Hoffnung zu öffnen.“

Soweit die Worte des hohen englischen Geistlichen, die uns die Ansicht der englischen Kirchen und Kirchengemeinden wiedergeben. Für uns Ostmärker kann das von Domburg Rogers Gesagte nur erfreulich und ermutigend wirken. Solche Artikel in der englischen Presse, von einflussreichen Männern in Kirche und Staat verfaßt, das das Wohlwollen und die Achtung für die englische Öffentlichkeit und auf die übrige Welt gewiß nicht verfehlen. Die gerechte Sache Deutschlands und seiner Ostmärker ist nicht lahmgelegt. Es geht vorwärts! Streuen wir uns dessen! Dr. Pels, Kassel.

Ostmärktisches Allerlei.

Die Legende vom „Wunder an der Weichsel“.

Der „Dziennik Berlinki“ hält es in seiner Nr. 239 für angebracht, uns darüber zu belehren, daß Polen eine Nacht sei, die es nicht nötig habe, sich vor deutschen Drohungen zu fürchten; auch die „Polishenken hätten 1920 gegen Polen Drohungen ausgehoben; „aber der polnische Soldat gab ihnen auf ihrem eigenen Feld eine für sie schwerste Lektion“. Will ich, der damals in der deutschen Armee diente, kann aber vor den damaligen Leistungen seiner Truppen keine besondere Hochachtung haben; denn er hat, indem er sich mit beneidenswerter Großzügigkeit mit Zapolet 1. auf eine Stufe stellte, bezüglich des „Wunders an der Weichsel“ gesagt: Auch der Korfe habe seine größten Siege und damit seinen Selbstertrub nur glücklichen Zufällen zu danken. Ein Kerker Polens, der Ukrainer W. R. ova Kozlowa, erzählt von polnischen Soldaten, der damals dem „Polishenken“ in der Schlacht bei Warschau abgetreten „Polen; es ging toll her; ich weiß von Offizieren an der Front, die ihre Truppen im Stich ließen und in die Gefes nach Warschau eilten... Die roten Truppen hießen in Polen nur da auf Widerstand, wo sich den Wrickenköpfen zahlreiche der aus Frankreich gefandenen Offiziere und Instruktionen

an die Meldungsengener lassen und die anrückenden „Polishenken“ zurücktrieben. In dieser Tätigkeit der französischen Offiziere liegt in Wirklichkeit auch das „Wunder an der Weichsel“, auf das die Polen so stolz sind, indem sie die Rettung Warschaws dem „herausigen Widerstand der glänzenden polnischen Armee“ zuschreiben.“ Das polnische Volk soll jene militärischen Heldentaten, wenn es ohne sie nicht auskommen kann: weil man aber nicht leugnen kann, daß die heldische Schlacht eine solche erhabene Legende ist, behauptet man, daß auch das „Wunder an der Weichsel“ ein solches aus dem polnischen Volk angehöre. Man vergißt dabei, daß man dadurch nicht größer heißt, daß man die anderen verkleinert.

Selbstmord wegen des Morboprozesses Krotzig.

In Wandsbek hat jetzt der ehemalige Dragnetunteroffizier Franz Marten Selbstmord begangen, indem er auf einen Mast der Überlandleitung kletterte und sich durch den elektrischen Strom töten ließ. Marten war feinerzig angeklagt, in Gumbinnen den Rittmeister o. R. Krotzig erschossen zu haben. In der ersten Instanz wurde er freigesprochen, in der zweiten (August 1901) zum Tode verurteilt. Im Januar 1902 wurde das Todesurteil aufgehoben. Marten, der eine Witwe und ein sechsjähriges Mädchen hinterließ, scheint einen Neurosenanfall erlitten zu haben. Er hat einen Abschiedsbrief an seine Hinterbliebenen hinterlassen, in dem er sagt, daß seine Neurosen vermindert seien und er nicht mehr weiter könne. Die fünf Monate, die zwischen dem Todesurteil und dessen Aufhebung durch das Reichsmilitärgericht gelegen hatten, seien die schwersten seines Lebens gewesen. In der Letzte des Letzten fand sich auch ein Briefumhang mit verschiedenen Zeitungsausschnitten über das damalige Drama in Gumbinnen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kretsch, Berlin-Friedenau. — Verlag: Deutscher Ostbund u. B. Berlin. Einblendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Herrn Steinplatz 8031). — Druck: Pempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68.